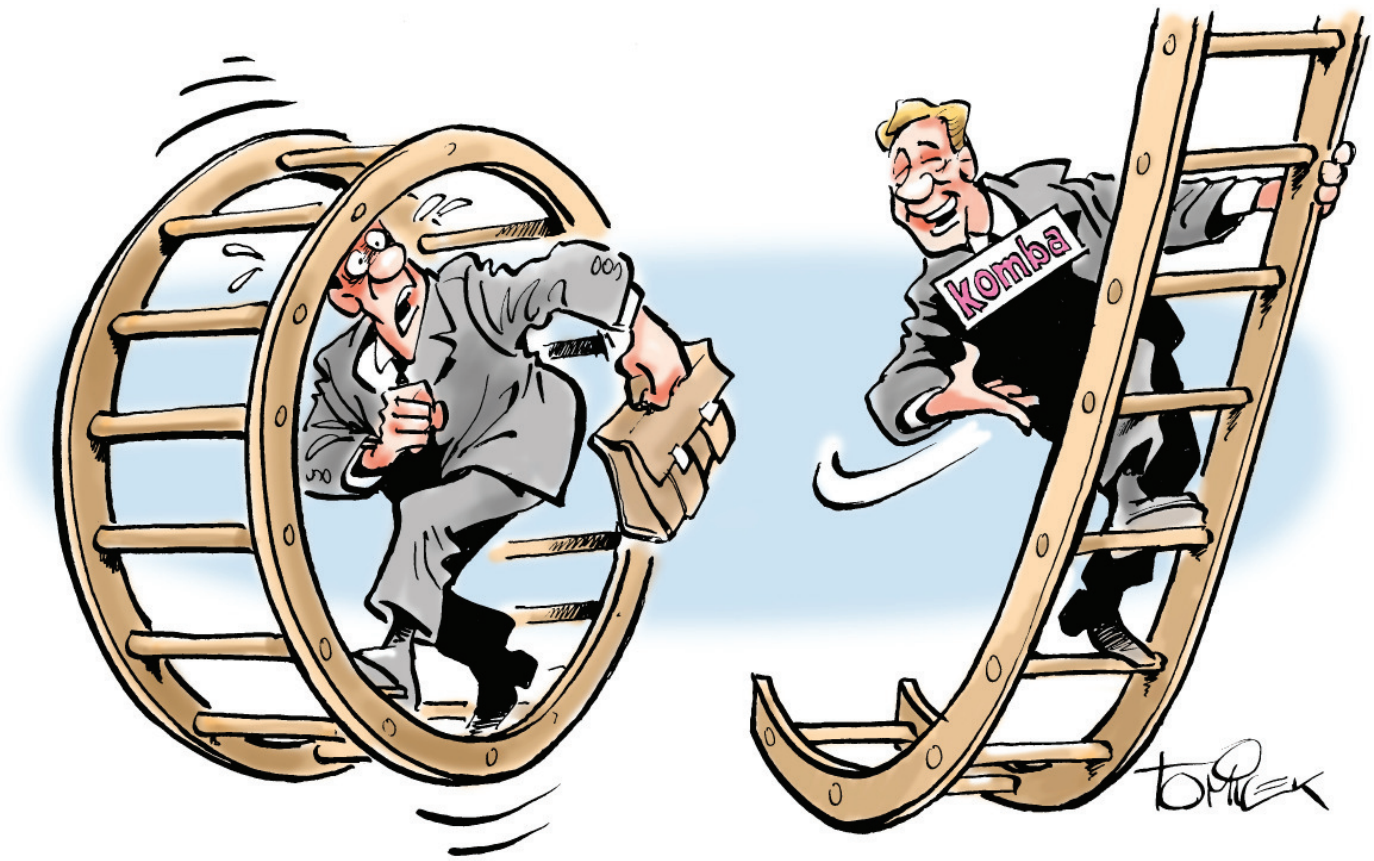
komba rundschau
schleswig-holstein



Der richtige Weg:

Hamsterrad aufbrechen und umfunktionieren

Das ist unser Motto anlässlich der regelmäßigen Personalratswahlen, die nach dem Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein vom 1. März bis zum 31. Mai 2015 in den meisten öffentlich rechtlichen Dienststellen der Kommunen und des Landes stattfinden. Wir rufen alle wahlberechtigten Beschäftigten auf, ihre Stimme abzugeben. Ein starker Personalrat ist notwendig, damit die Belange der Beschäftigten bei allen internen Entscheidungen fair berücksichtigt werden. In vielen Dienststellen kandidieren komba Mitglieder, um sich dieser Aufgabe zu stellen. Wir sorgen dafür, dass sie gut geschützt, geschult und informiert sind.

Heft 1/2015
Februar/März

komba gewerkschaft schleswig-holstein

Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion

Inhaltsübersicht

Aus den Regionalverbänden

Kreisverband Segeberg 4

Ideen entwickelt und Gewerkschaftsjahr 2015 dargestellt 4

Informationen von der Landes- und Bundesebene

Sozial- und Erziehungsdienst: Forderungen für gerechte Eingruppierung 5

Flüchtlingssituation: Eine Herausforderung auch für den öffentlichen Dienst 6

dbb-Jahrestagung 8

Kommunale Entgeltordnung 10

Große Koalition mit Volldampf zum Verfassungsbruch? 10

Einkommensrunde 2015 13

Offener Brief an Beamtinnen und Beamte 14

Elterngeld, Elternzeit, Pflegezeit und Familienpflegezeit 15

Entgeltanpassung für kommunale Tarifbeschäftigte ab März 17

Gespräch mit der Spitze des Innenministeriums 19

Mehr Beachtung für Belange der Berufsfeuerwehren 19

Zunehmender Gewalt gegen Beschäftigte nicht tatenlos zusehen 20

Vorenthaltene Ansprüche nicht gleich abschreiben 21

komba jugend

Die neuen Ausbildungsentgelte 22

Landesjugendtag 22

Jugend fordert Konzept gegen Nachwuchsmangel 22

Einkommensrunde 23

Politischer Neujahrsempfang 23

Seniorenecke

BMI gegen Mütterrente für Beamte 24

Beitragssenkung erst ab März 25

Redaktionsschluss: 20.02.2015

Redaktionskorrektur:

In der Ausgabe 6/2014 der komba rundschau sind uns zwei Fehler unterlaufen:

Bei dem in der Mitte abgedruckten Kalender beginnt der September mit einem Montag statt mit einem Dienstag. Unser Versuch, das vorangehende Wochenende zu verlängern, hat sich als nicht durchsetzungsfähig erwiesen.

Zudem sind die Sozialversicherungsbeiträge etwas durcheinandergeraten. Zwar stehen - wie dargestellt - kaum absehbare weitere Veränderungen an, aber die seit 2015 geltenden Beträge stehen natürlich eindeutig fest. Sie belaufen sich in der Krankenversicherung auf 14,6 Prozent, in der Rentenversicherung auf 18,7 Prozent und in der Pflegeversicherung auf 2,35 Prozent beziehungsweise – für Kinderlose – 2,6 Prozent.

Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: *komba gewerkschaft schleswig-holstein -*
Kommunalgewerkschaft für Beamte und Arbeitnehmer -
Hopfenstraße 47, 24103 Kiel
Telefon 0431 - 535579-0 Telefax 0431 - 535579-20
eMail: info@komba-sh.de
Internet: www.komba-sh.de

Verantwortliche Redaktion: Kai Tellkamp (KT), Magdalena Wilcke (MW)

Redaktionelle Unterstützung dieser Ausgabe:
Karoline Hermann (KH), dbb (dbb), komba bund

Beiträge, die mit anderen Namen oder Kurzzeichen versehen sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Fotos: Titelbild - Jürgen Tomicek; fotolia.com - © motorradcbr , © Christian Schwier, © hans12, © Scott Griessel; dbb; eigene Bilder

Druck: *Flensborg Avis*
Wittenberger Weg 19
24941 Flensburg

Die komba rundschau erscheint alle zwei Monate und wird an die Mitglieder der komba gewerkschaft schleswig-holstein abgegeben. Sämtliche Kosten sind durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Nachdruck und sonstige Verbreitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

- Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Umgang der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit den Bürgerinnen und Bürgern hat sich in den letzten Jahren erheblich gewandelt. Das ist vor allem auf der kommunalen Ebene der Fall, wo die Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern stark ausgeprägt sind. Nachdem im Zuge der Verwaltungsmodernisierung der Dienstleistungscharakter der öffentlichen Verwaltung einen deutlich höheren Stellenwert erhalten hat, wird der Blick verstärkt auf die Freundlichkeit gerichtet. Das Ziel ist, die Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und dem Bürger auf Augenhöhe zu begegnen.

Allerdings wird bei dieser grundsätzlich begrüßenswerten Zielsetzung zuweilen übersehen, dass das mit der Augenhöhe und Freundlichkeit manchmal gar nicht so einfach ist. Öffentlicher Dienst bedeutet nämlich nicht immer Dienstleistung im positiven Sinne für den Einzelnen. Wenn zum Beispiel Genehmigungen oder Sozialleistungen versagt, die Zahlung von Gebühren, Beiträgen oder Bußgelder durchgesetzt oder Ordnungsverfügungen erlassen werden, wirkt es schnell unpassend, dies noch mit einem überaus freundlichen Lächeln zu garnieren. Hier steht die Wahrung des Rechtsstaates im Vordergrund. Das ist zwar auch eine wichtige Dienstleistung für die Allgemeinheit – aber für denjenigen, der individuell von einem entsprechenden Verwaltungshandeln betroffen ist, kann es sich um einen schmerzhaften Eingriff handeln.

Das Erfordernis hoheitlichen Handelns kann durch keine Verwaltungsmodernisierung überflüssig werden, solange wir Interesse an einem geordneten Staatswesen haben. Damit möchte ich nicht für eine Rückkehr zur durchweg obrigkeitlichen Verwaltung plädieren. Aber es sollte nicht vergessen werden, dass es bei verschiedenen Aufgaben eher darum geht, auch negative Entscheidungen transparent sowie nachvollziehbar zu kommunizieren und sie zwar respektvoll, aber eben auch mit der notwendigen Bestimmtheit durchzusetzen. Außerdem kann Freundlichkeit keine Einbahnstraße sein, gerade mit Blick auf die zunehmenden Fälle verbaler oder sogar körperlicher Gewalt, denen Beschäftigte immer häufiger ausgesetzt sind.

Diese differenzierte Betrachtung verdeutlicht einmal mehr, dass die Anforderungen an den öffentlichen Dienst sehr vielschichtig sind, was übrigens bei der Bezahlung häufig unzureichend gewichtet wird.

Sie verdeutlicht außerdem, dass die jüngste Bürgerbefragung des dbb zum öffentlichen Dienst ein großer Erfolg für die Beschäftigten darstellt, denn 84 Prozent der Befragten Bürger gaben an, freundlich von den Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern behandelt worden zu sein. Die Quoten dürften in der Privatwirtschaft kaum besser sein, obwohl dort hoheitliches Handeln nicht stattfindet.

Dennoch – auch im öffentlichen Dienst kann nicht ausgeschlossen sein, dass Beschäftigte mal schlechte Laune haben und dies nicht völlig verbergen können. Das ist menschlich. Ob dies gleich in einer Abmahnung münden muss, wie jüngst geschehen und zweitinstanzlich bestätigt, nachdem ein Mitarbeiter per Mail etwas patzig kommuniziert hat, ist allerdings fraglich. Ein klärendes Gespräch oder gegebenenfalls eine Fortbildung dürfte in der Regel zielführender sein.

Freundlichkeit sollte übrigens auch unter den Kolleginnen und Kollegen praktiziert werden. Dann bringt das Arbeiten auch einfach mehr Spaß. Das wird sich im Nachhinein auch ein Betriebsratsvorsitzender denken, der den Chefs ein „beschissenes Wochenende“ gewünscht hat und dafür – ebenfalls laut der zweiten Instanz zu Recht - abgemahnt wurde, denn zu den arbeitsvertraglichen Pflichten eines Mitarbeiters gehöre es, respektvoll mit Kollegen umzugehen.

Wir werden uns jedenfalls weiterhin darum kümmern, dass auch die Arbeitgeber mit ihren Beschäftigten respektvoll umgehen, denn das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln.

Ihr

(Kai Tellkamp)

Aus den Regionalverbänden

Kreisverband Segeberg:

Urkunde auch für den Kreisvorsitzenden

Der Vorstand des komba Kreisverbandes Segeberg lud seine Mitglieder nicht nur zur Jahreshauptversammlung, sondern auch zum in diesem Rahmen traditionell stattfindenden Grünkohlessen in die Kreisstadt ein.

*Vor dem kulinarischen Teil musste jedoch der formelle Teil absolviert werden, was – typisch komba – zügig und unkompliziert über die Bühne ging. In seinem Tätigkeitsbericht ging Kreisvorsitzender **Lars Petersen** insbesondere auf die Beratung von Mitgliedern, die Unterstützung von Aktionen sowie die Fortbildung der Vorstandsmitglieder ein. Nachdem dies – ergänzt um den positiven Kassenbericht – in einer Entlastung mündete, haben die Vorstandswahlen zu einer Veränderung geführt: Da **Carsten Schleicher** aufgrund seiner beruflichen Funktion sein offizielles Vorstandsmandat gern in andere Hände abgeben wollte, wurde **Sven Nienaber** zu seinem Nachfolger als Beisitzer gewählt. Neue Kassenprüferin wurde **Andrea Köhne**.*

Jubilar Klaus August (50 Jahre komba, mitte) eigerahmt von Kreisvorstandsmitgliedern: Jürgen Zuther, Sven Nienaber, Lars Petersen und Stefan Stahl (v.l.n.r.)

*Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden auch zwei besondere Ehrungen vorgenommen: Der Kreisvorsitzende selber konnte eine Urkunde und Medaille für seine 25-jährige Mitgliedschaft entgegennehmen. Das konnte **Klaus August** sogar verdoppeln: er wurde für 50 Jahre in der komba geehrt und verriet dabei, dass er seinerzeit zunächst von einer anderen Gewerkschaft umworben wurde. Er informierte sich jedoch und entschied sich dann aus voller Überzeugung, die bis heute Bestand hat, für die komba.*

*Nachdem komba Landesvorsitzender **Kai Tellkamp** die Mitglieder noch kurz über die wichtigsten Entwicklungen informiert hat, ging es dann um die (Koch-) Wurst.*

KT ■

Klausurtagung der Regionalverbände:

Ideen entwickelt und Gewerkschaftsjahr 2015 dargestellt

Die Vorsitzenden der komba Regionalverbände beziehungsweise ihre Stellvertreter kommen regelmäßig zum Anfang des Jahres mit dem Landesvorstand zusammen, um sich auszutauschen und zu informieren. In diesem Jahr gab es gleich mehrere Themen, die eine große Bedeutung haben.

Schwerpunkte der fachlichen Gewerkschaftsarbeit werden sicher die Einkommensrunde 2015, die Tarifverhandlungen zur kommunalen Entgeltordnung sowie das Modernisierungsverfahren zum Landesbeamtengesetz sein. Zudem gilt es, die Personalratswahlen zu begleiten und zu unterstützen. Zu diesen Themen wurden die wichtigsten Aspekte und Abläufe erörtert und es wurde wieder einmal deutlich: ohne die Regionalverbände geht nichts.

Deshalb wurde auch über Möglichkeiten gesprochen, die Arbeit vor Ort weiter zu stärken. Der Landesvorstand möchte neue Wege gehen, sich regelmäßig mit den Funktionsträger vor Ort auszutauschen und deren Arbeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang werden auch spezielle Informationsveranstaltungen für die Mitglieder vor Ort angeboten.

Zudem wurden die Regionalverbände darüber informiert, dass in der Landesgeschäftsstelle unter anderem an der Modernisierung des Internet-Auftrittes sowie einer Optimierung der Mitgliederverwaltung gearbeitet wird.

Weitere wichtige Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Nachdem in diesem Jahr der komba Landesjugendtag stattfindet, steht bereits Anfang 2016 der komba Landesgewerkschaftstag an. Auch hierzu laufen die Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden an.

KT

Gute Stimmung trotz komplexer Themen: Repräsentanten der komba Regionalverbände

Informationen von der Landes- und Bundesebene

Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst:

Forderungen für gerechte Eingruppierung

Neben der Fortsetzung der Verhandlungen über die Eingruppierungsvorschriften der Kommunen finden derzeit gesonderte Verhandlungen für die Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst statt. Der hier maßgebende spezielle Tarifvertrag wurde durch die Gewerkschaften gekündigt, was die Chance mit sich bringt, die Verhandlungen gegebenenfalls durch Arbeitskampfmaßnahmen in die richtige Richtung zu bewegen. Denn wir sehen einen akuten Nachbesserungsbedarf.

Soziale Berufe.
Soziale Bezahlung!

Die Forderungen umfassen die folgenden Eckpunkte:

Grundeingruppierungen:

- *Ab EG S 5: Kinderpfleger/-innen*
- *Ab EG S 10: Erzieher/-innen, Heilerziehungspfleger/-innen und Heilerzieher/-innen*
- *Ab EG S 11: Kita – Leiter/-innen*
- *Ab EG S 15: Sozialarbeiter/-innen und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen*

Gerechte Eingruppierungen:

- *Erweiterung der S-Entgeltgruppen*
- *Beibehaltung von Entgeltgruppe und Stufe bei Stellenwechsel*
- *Stufengleiche Höhergruppierung*
- *Zeiten für Vor- und Nacharbeiten im Erziehungsdienst*
- *Eingruppierungswirksame Anerkennung von Masterabschlüssen*
- *Überprüfung/Aktualisierung aller Tätigkeitsmerkmale*
- *Ergänzung/Aktualisierung von Berufen, Berufsbezeichnungen, Abschlüssen und Einrichtungen*
- *Berücksichtigung von Zusatzqualifikationen*
- *Neuregelung für Leitungspositionen mit Entkopplung von Belegungszahlen als alleiniges Kriterium*

Wertschätzungstage untermauern Handlungsbedarf

Bundesweit haben wir in verschiedenen Regionen Wertschätzungstage durchgeführt. In Anlehnung an die im

Bei den Wertschätzungstage bringen Beschäftigte ihren Fach- und Sachverstand, viele Anregungen und den Praxisbezug ein

Vorfeld der Einkommensrunde 2015 durchgeführten Branchentage (siehe komba rundschau 6/2014) haben wir eine spezielle Veranstaltungsreihe für die Beschäftigten in der Sozialarbeit und in Kindertagesstätten durchgeführt. Dabei haben wir uns über die praktische Situation informiert sowie Forderungen rückgekoppelt und gewichtet. In Schleswig-Holstein haben wir in Flensburg eine Zusammenkunft organisiert. Soweit gewünscht, werden weitere Veranstaltungen auch parallel zu den Verhandlungen angeboten, um die Basis einzubeziehen.

Klar ist mehr denn je: Derzeit bleibt die Bezahlung hinter den Erfordernissen zurück, zumal die Aufgaben immer anspruchsvoller werden. Nur mit Wertschätzung und guten Rahmenbedingungen ist ein leistungsfähiger Sozial- und Erziehungsdienst gewährleistet!

*komba Verhandlungsführer **Andreas Hemsing**: „Wir werden in den Tarifverhandlungen für gute Ergebnisse kämpfen und hoffen auf Rückendeckung durch eine starke Mitgliederbasis, die gegebenenfalls auch bereit ist, sich an Aktionen zu beteiligen. Denn die Arbeitgeber werden sich bestimmt nicht von alleine bewegen.“ KT*

Gute Qualität erfordert eine faire Bezahlung – ein vernünftiges Ergebnis dürfte deshalb auch im Interesse der den Beschäftigten Anvertrauten Menschen liegen.

Flüchtlingssituation:

Eine Herausforderung auch für den öffentlichen Dienst

In den Medien wird regelmäßig über die Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen dieser Welt berichtet. Insbesondere im Nahen und Mittleren Osten ist ein Ausmaß erreicht worden, das für etliche Menschen unverschuldet ein unvorstellbares Leid bedeutet. „Ein Glück, dass wir so etwas nicht erleben müssen und es uns hier gut geht“, ist eine sicher häufige und auch zutreffende Feststellung vieler Deutscher.

Wer allerdings einen kleinen Schritt weiter geht und meint, „ein Glück, dass uns das nicht betrifft“, liegt falsch. Denn die Krisenszenarien wirken sich sehr wohl in Deutschland aus. Viele Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, kommen nach Deutschland. Hier werden die mit Abstand meisten Asylanträge gestellt, es wurde inzwischen der höchste Jahresstand seit fast 20 Jahren erreicht.

Die Flüchtlingssituation war auch Gesprächsthema beim Gewerkschaftsbesuch im Landesinnenministerium. Unser Foto zeigt Staatssekretärin Manuela Söller-Winkler (2.v.r.) und Hans-Herrmann Witt (l.) mit dbb Landesbundvorsitzender Anke Schwitzer und komba Landesvorsitzenden Kai Tellkamp

Schwierige Aufgaben

Diese Situation stellt die Politik, die Gesellschaft und die Verwaltungen vor große Herausforderungen, was sich vor allem vor Ort, also auf kommunaler Ebene, auswirkt. Denn in den Kommunen werden die Flüchtlinge aufgenommen, was oftmals sehr kurzfristig geschehen muss. Es muss eine menschenwürdige Unterkunft, die Verpflegung und die Gesundheitsversorgung geregelt werden. Natürlich besteht das Ziel, das alles so konfliktfrei wie möglich zu bewältigen. Doch es wäre Realitätsfremd, ein Konfliktpotential zu ignorieren. Und wenn solche Konflikte auftreten und sichtbar werden, be-

deutet das Wasser auf die Mühlen derjenigen Teile der Bevölkerung, die ohnehin Vorbehalte gegen die Aufnahme von Flüchtlingen beziehungsweise gegen Ausländer haben.

Deshalb spielen Kommunikation und Integration, was ebenfalls auf kommunaler Ebene zu leisten ist, eine wichtige Rolle. Wenn den Bürgern die Situation gut erklärt wird und den Flüchtlingen die Möglichkeit der Integration gegeben wird, dann wird unsere Solidarität und das Grundrecht auf Asyl – eigentlich Selbstverständlichkeiten – sicher nicht in Frage gestellt werden.

Reden ist einfacher als Machen

Doch sicher ist es einfacher, in Parlamenten und Talkshows eine Willkommenskultur und eine humane Praxis zu fordern und zu beschreiben als sie vor Ort umzusetzen. Das machen ja auch andere. Allerdings stehen die notwendigen – auch personellen – Ressourcen meistens gar nicht zur Verfügung. Personal wird deshalb umgeschichtet, andere Aufgaben, die derzeit nicht im öffentlichen Rampenlicht stehen, bleiben erst einmal auf der Strecke. Doch auch diese müssen bald unter Zeitdruck nachgeholt werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Kommunen durch eine auskömmliche Finanzausstattung in die Lage versetzt werden, gute Rahmenbedingungen für das (Zusammen-) Leben zu schaffen.

Zweckdienlich ist es auch, wenn die mit der Flüchtlingsproblematik zusammenhängenden Verwaltungsverfahren auf allen staatlichen Ebenen möglichst zügig und professionell bearbeitet werden. Wenn die Voraussetzungen für ein Asylrecht nicht erfüllt werden beziehungsweise dieses missbraucht wird, darf eine daraus resultierende Durchsetzung der Ausreisepflicht nicht automatisch als inhumaner Akt bewertet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass anerkannte Flüchtlinge auf eine Akzeptanz und Willkommenskultur stoßen und dass unsere Solidarität vor allem jenen zugutekommt, die auch wirklich darauf angewiesen sind.

Dass Theorie und Praxis ein unterschiedliches Paar Schuhe sind, musste die Landesregierung auch bei der Realisierung der Erstaufnahmestelle in der Boostedter Rantzau-Kaserne erfahren, wo bis zu 500 Bewohner untergebracht werden sollen. Die Eröffnung verzögert sich - insbesondere, weil Fachpersonal fehlt. Allerdings ist es keine Überraschung, dass auf dem bereits leegefegten Arbeitsmarkt für sozialpädagogische Fachkräfte Bewerbungen auf befristete Stellen ausbleiben. Weil die vorhandene Einrichtung in Neumünster, wo bereits 850 statt der eigentlich höchstens möglichen 650 Personen untergebracht sind, überfüllt ist, werden die Bewohner verstärkt in die Kreise ausgegliedert.

Für Toleranz gilt das Gleiche wie für die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes: beides ist unendlich wichtig aber nicht unendlich strapazierfähig

Doppelrolle öffentlicher Dienst

Ein wichtiger Aspekt darf aus Sicht der komba nicht übersehen werden. Dem öffentlichen Dienst in Deutschland kommt in doppelter Hinsicht eine wichtige Rolle zu: Er sorgt mit seinem unverzichtbaren Beitrag zu einem stabilen Rechts- und Sozialstaat für Lebensverhältnisse, die die hiesige Krisenanfälligkeit niedrig hält. Und er sorgt für die Möglichkeit, solidarisch auf Krisen in anderen Teilen der Welt zu reagieren. Ein starker öffentlicher Dienst insbesondere auf kommunaler Ebene zahlt sich aus!

Thema auch im Landtag

Angesichts der steigenden Zahl an Flüchtlingen war das Thema auch Gegenstand der Februar-Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Schleswig-Holstein hat im Januar 1.087 Flüchtlinge aufgenommen und damit rund 170 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat (403). Jeder vierte Flüchtling kommt aus dem Kosovo, teilte das Innenministerium mit. Der Balkanstaat lag mit einem Anteil von 25 Prozent nur noch knapp hinter Syrien (26 Prozent).

Um die wachsende Zahl an Flüchtlingen betreuen zu können, will die Landesregierung den Kommunen und den Schulen im Lande verstärkt unter die Arme greifen. Das hat Ministerpräsident ***Torsten Albig*** *(SPD) in seiner Regierungserklärung betont. Er rechne in diesem Jahr mit bis zu 20.000 neuen Flüchtlingen, sagte Albig. Das Land wolle deswegen prüfen, ob zusätzliche Unterkünfte auf den eigenen Liegenschaften eingerichtet werden können. Insgesamt müssten 4.000 Erstaufnahmeplätze entstehen. Um schätzungsweise 6.000 Flüchtlingskinder in den Schulen zu integrieren, wolle die Landesregierung 240 Extra-Lehrerstellen schaffen. Das Geld hierfür soll per Nachtragshaushalt bereitgestellt werden.*

Neben der Abschiebesituation (Schleswig-Holstein hatte im vergangenen Herbst das letzte Abschie-

begefängnis geschlossen, da Abschiebehaft in Strafgefängnissen nicht zulässig ist; Betroffene kommen in Einrichtungen anderer Bundesländer) war eine bessere Beratung der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ein Thema der Landtagsdebatte. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit insgesamt 83 Migrationsberatungsstellen, die aus öffentlichen Kassen bezuschusst werden. Zu den Trägern gehören zum Beispiel die AWO Arbeiterwohlfahrt, das Diakonische Werk oder die Caritas.

KT

dbb Jahrestagung:

komba-Themen wurden aufgegriffen

Die komba gewerkschaft hat die diesjährige traditionelle dbb Jahrestagung in Köln nicht nur durch die Teilnahme diverser Repräsentanten begleitet. Es konnten auch mehrere Themen zum Gegenstand der als „gewerkschaftspolitischer Jahresauftakt" etablierten Tagung belegt werden, die für die komba gewerkschaft aktuell einen hohen Stellenwert haben.

Widersprüche bei Besoldungs- und Tarifpolitik

*Vor einem interessierten Plenum, das neben Gewerkschaftern auch Vertreter der Politik und der Arbeitgeber umfasste, wurde natürlich die Einkommensentwicklung mit einem besonderen Blick auf die anstehende Einkommensrunde 2015 beleuchtet. Dabei spielte auch die politische Diskussion über die Rahmenbedingungen für die jeweiligen Statusgruppen eine wichtige Rolle: die Föderalismusreform, die eine länderspezifische Besoldungspolitik ermöglicht sowie die Tarifeinheit, mit der gesetzlich einheitliche Tarifverträge in den Betrieben erzwungen werden sollen. Dbb-Chef **Klaus Dauderstädt** brachte die Widersprüchlichkeit dieser politischen Vorgaben unter Anwesenheit von Bundesinnenminister **Dr. Thomas de Maizière** auf den Punkt: „Wenn der Gesetzgeber das Besoldungsrecht bewusst zersplittert, kann er nicht ernsthaft bei der zweiten Statusgruppe eine Einheit erzwingen wollen." Langanhaltender Applaus auch aus den komba-Reihen bestätigte, dass diese Kritik mehr als berechtigt ist.*

Fehlerkultur und Fürsorgepflicht

Generell forderte der dbb Chef von der Politik mehr Rückendeckung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, deren Arbeitsbelastung sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat und die sich

Debeka Versichern und Bausparen

Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, den Standpunkt des anderen zu verstehen. 1905 wurde die Debeka Krankenversicherung von Beamten für Beamte gegründet. Wir kennen den Bedarf und haben darauf unseren leistungsfähigen und kostengünstigen Versicherungsschutz für Sie abgestimmt. Nicht nur führende Wirtschafts- und Verbrauchermagazine, sondern insbesondere unsere Mitglieder bestätigen uns immer wieder die hervorragende Qualität unserer Produkte.

Kundenmonitor® Deutschland 2014
TESTSIEGER Kundenzufriedenheit
Branchen:
• Private Krankenversicherungen
• Bausparkassen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Profitieren auch Sie von unserer Leistungsstärke.

anders als andere

MITGLIED IM DEUTSCHEN BEAMTENWIRTSCHAFTSRING E.V.
DBW
Unser Angebot – Ihr Vorteil

Landesgeschäftsstelle Kiel
Fabrikstraße 7
24103 Kiel
Telefon (04 31) 9 06 08 - 0

www.debeka.de

Debeka

nicht selten von ihren Arbeitgebern und Dienstherren im Stich gelassen fühlen.

In seiner anschließenden Rede regte Bundesinnenminister Thomas de Maizière eine neue Fehlerkultur im öffentlichen Dienst an. „Es werden auch Fehler gemacht. Nur wenn wir das offen und ehrlich benennen, können wir aus Fehlern lernen", sagte der CDU Politiker. Dabei ginge es nicht nur um das Fehlverhalten von einzelnen Bediensteten, sondern auch um falsche Strukturen, die zu verlorenen Vertrauen gegenüber dem Staat führten. In diesem Zusammenhang bezweifelte der Minister, dass „Kunde" und Produkt" immer die richtigen Begrifflichkeiten seien, was durchaus auf Zustimmung im Saal stieß.

Der Staat als Arbeitgeber müsse sich aber auch schützend vor die Beschäftigten stellen. Das ist Ausdruck unserer Fürsorgepflicht." Dies gelte bei unangemessener Kritik und bei Angriffen, da die Beschäftigten „als Stellvertreter der Politik" oft Konflikte abbekämen.

Gegenwind bekam de Maizière zu seiner Ablehnung der Mütterrente für Beamte und seinen Ausführungen zur Tarifeinheit, zu diesen Themen verweisen wir auf die besonderen Artikel in dieser Ausgabe. Auch über Gewalt im öffentlichen Dienst, einem der Schwerpunktthemen auf der Jahrestagung berichten wir gesondert.

Freundliche Begrüßung trotz schwieriger Diskussionen: kombBundesvorsitzender Uli Silberbach und Bundesinnenminister Thomas de Maizière

Plädoyer für zeitgemäßes Grundgesetz und funktionierende Politik

Der ehemalige Bundesfinanzminister und damalige schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister ***Peer Steinbrück*** *forderte in seinem Vortrag eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Weiterentwicklung des Grundgesetzes.*

SPD Bundestagsfraktion

Er begründet das damit, dass beim Verfassen des Grundgesetzes viele Entwicklungen der heutigen Zeit noch gar nicht absehbar gewesen seien. Wenn die Wirklichkeit für einen handlungsfähigen Staat nicht mehr abgebildet sei, kann die Folge eine Skepsis der Bürger, verbunden mit einem Rückzug ins Private und einem Verlust demokratischer Substanz sein.

Als Ursachen nannte Steinbrück die Internationalisierung der Politik, sinkende fiskalische Spielräume zur Politikgestaltung und die wachsende Ungleichheit im Hinblick auf ökonomische Teilhabe und politische Einflussmöglichkeiten in der Gesellschaft.

Um Lösungen zu finden und politische Mehrheiten zu organisieren, seien Parteien immer noch unersetzlich. „Wir dürfen die Entstehung von politischen Parallelgesellschaften, die es - ökonomisch gesehen – nicht nur im Souterrain, sondern auch im Penthouse der Gesellschaft gibt, nicht hinnehmen."

dbb Chef Klaus Dauderstädt bei der Eröffnung der dbb Jahrestagung

komba Treff

Im Rahmen der dbb Jahrestragung fand auch wieder der „komba-Treff" statt. Er bietet die Gelegenheit, mit komba-Kollegen und Gästen aus Politik und europäischen Partnerorganisationen Meinungen auszutauschen und den Horizont zu erweitern. Da bei der vom zweiten komba Bundesvorsitzenden Roland Staude und dem neuen komba Bundesleitungsmitglied Andreas Hemsing eröffneten Veranstaltung kein einziger Platz frei blieb, wurde deutlich, dass der komba Treff zu Recht zur guten Tradition der dbb Jahrestagung dazugehört. Die komba gewerkschaft schleswig-holstein war vertreten durch Landesvorsitzenden Kai Tellkamp, Landesjugendleiter Daniel Schlichting sowie Ludwig Klemm aus dem Personalvertretungsausschuss.

KT, dbb

Kommunale Entgeltordnung:

Möglichst vollständige Einigung in Arbeitsgruppen angestrebt

2015 ist das entscheidende Jahr für die Entwicklung einer kommunalen Entgeltordnung. Während auf Bundes- und Landesebene bereits neue Eingruppierungsregelungen in Kraft sind, hat es auf kommunaler Ebene noch gestockt – Bremser hatten bislang die Oberhand. Deshalb muss für Eingruppierungen auf kommunaler Ebene noch immer übergangsweise auf die Regelungen des BAT und der Lohngruppenverzeichnisse zurückgegriffen werden – seit nahezu 10 Jahren. Uns schon vor 10 Jahren galten die Regelungen als veraltet.

Doch es herrscht kein Stillstand. Mit Hochdruck und in kurzer Terminfolge kommen Arbeitsgruppen der Tarifvertragsparteien zusammen, um für diverse Berufsgruppen eine Einigung über die Eingruppierung zu erzielen. Die komba ist dabei und setzt sich für zeitgemäße Regelungen ein. Wir appellieren an die Arbeitgeber, nicht länger zu ignorieren, dass an vielen Stellen Verbesserungen erforderlich sind, um faire Eingruppierungen zu gewährleisten und Personal gewinnen zu können.

Verhandelt wird derzeit zum Beispiel für Berufe im Gesundheitswesen, im Rettungsdienst, in der Datenverarbeitung, in Sparkassen sowie für Schulhausmeister und Fachangestellte für Bäderbetriebe. Die Tätigkeitsmerkmale und Entgeltgruppen für Verwaltungsberufe sind Gegenstand eines „gemeinsamen Papieres", auf deren Grundlage weitere Details verhandelt werden.

Aus Sicht der komba muss es das Ziel sein, in diesem Jahr entscheidende Fortschritte zu erzielen, so dass ein Inkrafttreten zum 1.1.2016 erfolgen kann. Zur Not müssen derzeit nicht einigungsfähige Knackpunkte in die nächste kommunale Entgeltrunde im Frühjahr 2016 einbezogen werden, nach deren Klärung die Entgeltordnung dann rückwirkend in Kraft treten kann. Aber das kann nur eine Notlösung sein, denn in Entgeltrunden geht es vorrangig um lineare Entgeltanpassungen. Der dafür erforderliche Spielraum sollte nicht durch Kosten für andere Baustellen minimiert werden.

Viele Mitglieder werden sich fragen, warum die laufenden Verhandlungen relativ lautlos geschehen. Das ist darauf zurückzuführen, dass es kaum möglich ist, die Komplexität der gesamten Thematik kurz und griffig öffentlichkeitswirksam darzustellen. Hinzu kommt, dass die Verhandlungen nicht infolge gekündigter Tarifverträge erfolgen, demzufolge Streiks nicht möglich sind. Einzige Ausnahme: Die Verhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst. Hier gibt es einen speziellen Tarifvertrag, der von den Gewerkschaften gekündigt wurde, was bei Bedarf Arbeitskampfmaßnahmen ermöglicht.

Die Mitglieder können sich aber darauf verlassen: Die Tarifverhandlungen werden von uns für alle Berufsgruppen, die gewerkschaftlich organisiert sind, mit großem Engagement geführt.

KT ■

Tarifeinheit:

Große Koalition mit Volldampf zum Verfassungsbruch?

Dass in der Politik zuweilen ein Realitätsverlust zu beobachten ist, ist nichts Neues. Dass dieser aber nicht einmal vor dem Grundgesetz Halt macht, ist eine neue Dimension. Genau das passiert derzeit nämlich bei dem Vorhaben der Großen Koalition auf Bundesebene, die Tarifeinheit in Betrieben gesetzlich zu erzwingen.

Dass die damit einhergehende Bedeutungslosigkeit vieler Tarifverträge, Entmachtung vieler Gewerkschaften und faktische Einschränkung des Streikrechts nicht mit der in der Verfassung normierten Koalitionsfreiheit vereinbar ist, wird nicht nur von uns behauptet, sondern ergibt sich aus allen diesbezüglichen ernstzunehmenden Gutachten. Besonders pikant: Die Schwächung der Tarifautonomie und der Arbeitnehmerrechte wird federführend im Hause des sozialdemokratisch geführten Bundesarbeitsministeriums vorangetrieben.

In den vielen Gesprächen mit der Politik auf Bundes- und Landesebene mussten wir feststellen, dass den meisten Akteuren gar nicht klar ist, was sie da abnicken sollen. Unsere Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit läuft weiter.

Wir wollen und werden diese Fehlentwicklung abwenden – wenn sich die Politik nicht mehrheitlich überzeugen lässt und auch der Bundespräsident bei der Unterzeichnung des Gesetzes die Augen vor der Verfassung verschließen sollte, wird eine Verfassungsklage eingereicht. Wir setzen auf unseren Rechtsstaat und auf geschützte Arbeitnehmerrechte.

KT ■

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles bekommt heftigen Gegenwind der Gewerkschaften zu spüren - zu Recht!

Mehrere Hürden sind zu nehmen:

Einkommensrunde 2015 für Tarifbeschäftigte der Länder sowie Landes- und Kommunalbeamte ist angelaufen

In der angelaufenen Einkommensrunde 2015 stehen zwei Ziele im Vordergrund:

1. *Die Entgelttabelle der Landesbeschäftigten muss Anschluss halten an die Tabellenwerte bei Kommunen und Bund, deren Anpassung für 2015 bereits tarifiert ist.*
2. *Das zu erzielende Tarifergebnis ist inhalts- und zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamte der Länder und Kommunen zu übertragen. Das gilt auch für Schleswig-Holstein.*

Denn nur wenn alle Statusgruppen auf allen staatlichen Ebenen gleichmäßig an der Einkommensentwicklung teilhaben, ist eine Spirale nach unten zu verhindern.

Die Forderungen

Die Bundestarifkommission und der Bundesvorstand des dbb, in denen die Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes einschließlich der komba vertreten sind, haben die Forderungen für die Einkommensrunde 2015 beschlossen. Die Eckpunkte:

- *Erhöhung der Tabellenwerte um 5,5 % bei einer sozialen Komponente von mindestens 175 Euro (Laufzeit 12 Monate)*
- *Auszubildende: Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro, 30 Urlaubstage sowie dauerhafte Übernahme*
- *Wegfall der sachgrundlosen Befristung*
- *Nachtarbeitszuschlag von 20 % auch für Krankenhäuser*
- *Ergänzende Verhandlungen zur Tarifpflege*

„In das Personal muss investiert werden, um die öffentlichen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten" ist die Kernbotschaft des Forderungspaketes. Sie richtet sich gleichermaßen an die Arbeitgeber am Tariftisch sowie an die Landesregierungen und Länderparlamente, die für die Besoldung zuständig sind.

Der Verhandlungsauftakt und -verlauf

In Potsdam kommen die drei Tarifvertragsparteien – die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), der dbb als Spitzenverband der komba sowie verdi – zusammen, um zunächst einen Tarifabschluss zu erzielen. Danach gilt es dann, in den einzelnen Bundesländern den Abschluss auf die Besoldung zu übertragen. Deshalb hat bereits die Tarifrunde auch in Schleswig-Holstein eine zentrale Bedeutung für die Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunen.

Dieser Zusammenhang wurde dann auch gleich deutlich beim Auftakt der Tarifverhandlungen: Die von den Finanzministerien der Länder entsandten Vertreter der TdL treten kräftig auf die Bremse, und zwar mit Blick auf die Beamtinnen und Beamte. Denn ein hoher Tarifabschluss bedeutet bei der Übertragung auf die Besoldung hohe Kosten für die Länder, wo der Beamtenanteil allein durch Polizei, Lehrer und Justiz sehr hoch ist. Das unter dieser schwierigen Ausgangslage zu gestaltende Besoldungsrecht gilt auch für die jeweiligen Kommunalbeamten. Deshalb gilt es für uns, bereits jetzt Gas zu geben. Denn mit Blick auf die letzten Aktionen und auch die jüngste Rechtsprechung dürfte auch dem Land Schleswig-Holstein klar sein, dass es ein vermintes Gelände betritt, wenn Abstriche vom Tarifergebnis vorgenommen werden. Dies haben wir in etlichen Gesprächen mit der Landesregierung und der Landtagsfraktionen bereits unmissverständlich klargestellt.

So suchen die Arbeitgeber - gesteuert durch die Politik – Argumente und Möglichkeiten, den Tarifabschluss zu drücken. Zum Verhandlungsauftakt wurde dann auch kein Angebot vorgelegt sondern erklärt, es müsse keine spürbaren Einkommenserhöhungen geben, weil die Inflation sehr niedrig ist. Dem traten die Gewerkschaften allerdings entgegen: „Wertschätzung ist mehr als ein Inflationsausgleich", so Willi Russ, Verhandlungsführer von dbb und komba

In einigen Bundesländern sind Aktionen bereits angelaufen, Schleswig-Holstein ist am 11. März dran

in der Tarifrunde. Auch das Ablenkungsmanöver der Arbeitgeber, Gespräche zur Zusatzversorgung einzufordern, wurde zurückgewiesen: Das Thema passt hier nicht her, denn es ist zu komplex für eine Einkommensrunde und außerdem müssen an einer Lösung auch der Bund und die Kommunen beteiligt sein.

Showdown in der dritten Verhandlungsrunde?

In der Einkommensrunde sind für die Tarifverhandlungen drei Termine vereinbart, die letzte für den 16. Und 17. März. Wenn es dann keinen Abschluss gibt und keine Verlängerung erfolgt, droht ein Scheitern und eine flächendeckende Streiksituation – denn es existiert auf Länderebene keine Schlichtungsvereinbarung. Dies ist ein weiterer Aspekt, der zu den problematischen Rahmenbedingungen der Einkommensrunde zählt.

Deshalb besteht das Ziel, im März zu einem Abschluss zu kommen. Durch Warnstreiks der Landesbeschäftigten und gleichzeitigen Protestaktionen der Landes- und Kommunalbeamten soll der erforderliche Druck auf Arbeitgeber und Politik aufgebaut werden. Auch in Schleswig-Holstein ist mit dem 11. März ein Aktionstag vorgesehen, siehe Aufruf. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme und auf ein gutes Ergebnis. KT ■

Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften – Willi Russ für dbb und komba (links) und Frank Bsirske (vorn) beim Spitzengespräch mit den Arbeitgebern, angeführt von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Jens Bullerjahn (rechts)

Offener Brief an Beamtinnen und Beamte

Die komba gewerkschaft schleswig-holstein appelliert mit einem offenen Brief an die Beamtinnen und Beamten insbesondere der Kommunalverwaltungen, die Ausgangslage für eine positive Entwicklung des Beamten- und Besoldungsrechts zu verbessern. Damit auch die Nichtorganisierten Kolleginnen und Kollegen diesen Brief erhalten können, steht er im Internet zum Download bereit, so dass er weitergeleitet werden kann. Wir bitten um Unterstützung!

Der Brief hat den folgenden Wortlaut:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in 2015 stehen wichtige Weichenstellungen für das Beamten- und Besoldungsrecht in Schleswig-Holstein an.

Zum einen soll ein umfangreiches Paket zur Modernisierung des Landesbeamtenrechts vorangebracht werden. Damit besteht die Chance, von uns eingeforderte Attraktivitätssteigerungen und Korrekturen durchzusetzen. Dafür wollen wir uns in dem Gesetzgebungsverfahren stark machen.

Zum anderen ist die angelaufene Einkommensrunde der Länder von zentraler Bedeutung für die Besoldungsanpassung. Wir wollen in den Tarifverhandlungen ein gutes Ergebnis durchsetzen und fordern vom Land Schleswig-Holstein eine inhalts- und zeitgleiche Übernahme auf die Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten. Wir müssen davon ausgehen, dass wieder schwierige Verhandlungen anstehen und Widerstände nur durch spürbare Aktionen durchbrochen werden können.

Wir wollen in diesen bedeutsamen Verfahren gern gute Ergebnisse für die Beamtinnen und Beamten erzielen. Inwieweit dies gelingt, ist auch davon abhängig, dass die Betroffenen dafür selber die Voraussetzungen schaffen: Unsere politischen Gespräche und Verhandlungen können nur erfolgreich sein, wenn uns die Basis mit der notwendigen Legitimation und Stärke ausstattet. Und wenn es zu Aktionen kommt, muss auch hier sichtbar sein, dass die Basis hinter unseren Forderungen steht. Ansonsten wird die Politik schnell andere Schwerpunkte für die Verwendung der knappen öffentlichen Gelder setzen.

Wir möchten uns deshalb bei allen Kolleginnen und Kollegen, die unsere Gewerkschaftsarbeit ermöglichen und unterstützen, herzlich bedanken. Gleichzeitig möchten wir die Kolleginnen und Kollegen, die noch keinen Zugang zu einer Gewerkschaft gefunden haben, herzlich bitten, sich damit sachgerecht auseinanderzusetzen. Alle, die an Fortschritten Interesse haben, sollten einer leistungsfähigen Gewerkschaft angehören. KT ■

Neues zu Familienbezogenen Ansprüchen:

Elterngeld, Elternzeit, Pflegezeit und Familienpflegezeit

Mit dem Jahr 2015 sind wichtige gesetzliche Änderungen in Kraft getreten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern sollen. Die Betreuung der Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger – es kann auch beides zusammenfallen – bringt viele Familien an die Grenzen der Belastbarkeit. Aus Sicht von komba und dbb gehen die Neuregelungen in die richtige Richtung, wenngleich die Wünsche - auch nach Übersichtlichkeit - nicht vollständig berücksichtigt wurden. Das Wichtigste in aller Kürze:

Das neue ElterngeldPlus

Das Elterngeld macht es Müttern und Vätern einfacher, vorübergehend ganz oder teilweise auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten und so mehr Zeit für die Betreuung ihres Kindes zu haben. Für die Eltern von Kindern, die ab dem 1. Juli 2015 geboren werden, besteht die Möglichkeit, zwischen dem bisherigen Elterngelt (Basiselterngeld) und dem Bezug von ElterngeldPlus zu wählen oder beides zu kombinieren.

Das Basiselterngeld wird für maximal 14 Monate gezahlt. die Eltern können den Zeitraum frei untereinander aufteilen. Ein Elternteil kann dabei mindestens zwei und höchstens 12 Monate für sich in Anspruch nehmen. Zwei weitere Monate gibt es, wenn sich auch der andere Elternteil zulasten des Erwerbseinkommens an der Betreuung des Kindes beteiligt. Alleinerziehende können die vollen 14 Monate Elterngeld in Anspruch nehmen. In der Höhe orientiert sich das Elterngeld am durchschnittlichen Monatseinkommen im Jahr vor der Geburt. Es beträgt mindestens 300 Euro und höchstens 1.800 Euro monatlich.

ElterngeldPlus bedeutet, dass Elterngeld bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit eines Elternteils zukünftig doppelt so lange bezogen werden kann wie bisher, maximal in halber Höhe. Bislang ist eine Kombination aus Elterngeld und Teilzeit zwar auch schon möglich, das Teilzeiteinkommen minderte jedoch das Elterngeld ohne gleichzeitiger Verlängerung der Bezugsdauer. Aus einem bisherigen Elterngeld-Monat können also zwei ElterngeldPlus Monate werden.

In einer weiteren Variante kommt eine Bonus-Regelung zum Tragen: Wenn beide Elternteile sich entscheiden, gleichzeitig für vier Monate jeweils 25 bis 30 Stunden in der Woche zu arbeiten und sich somit auch die Kinderbetreuung teilen, gibt es einen zusätzlichen Partnerschaftsbonus in Form von vier zusätzlichen ElterngeldPlus-Monaten pro Elternteil.

Zur Berechnung des ElterngeldesPlus wird das einkommensabhängige Elterngeld auf die Hälfte des beim vollständigen Einkommenswegfall zustehenden Basiselterngeldes begrenzt. Es beträgt mindestens 150 Euro und höchstens 900 Euro monatlich.

Arbeitsbefreiung durch Elternzeit, Pflegezeit und Familienpflegezeit

Die überarbeiteten gesetzlichen Regelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fassen wir in einer vereinfachten Kurzübersicht zusammen. Bei Bedarf empfehlen wir eine ergänzende Informationen

	Elternzeit (Ez)	**Pflegezeit (Pz)**	**Familienpflegezeit (Fz)**
Anwendungsfall	Übergangsweise Aufgabe oder Verminderung der Erwerbstätigkeit zwecks Kinderbetreuung	Freistellungsbedarf aufgrund der Pflegesituation eines nahen Angehörigen für einen kurz- bis mittelfristigen Zeitraum; Varianten: a) vollständige Freistellung für kurzfristig erforderliche Pflegeorganisation b) Teilweise oder vollständig Pflegefreistellung	Teilweise Freistellung für die Pflege eines nahen Angehörigen für einen längeren Zeitraum
Rechtsanspruch?	Grundsätzlich ja	Grundsätzlich ja	Grundsätzlich ja
Mindestbeschäftigtenzahl erforderlich?	Nein; Ausnahme für den Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit während der Ez: 16 Beschäftigte	a) nein b) ja, ab 16 Beschäftigte	Ja, ab 26 Beschäftigte
Höchstdauer	bis zu 3 Jahre	a) 10 Tage b) bis zu 6 Monate	Bis zu 2 Jahre, einschl. evtl. Pz
Ausgestaltung	Bis zum 3. Geburtstag; Anteil von 24 Monaten kann auch bis zum 8. Geburtstag genommen werden; Aufteilung auf bis zu 3 Zeitabschnitte	b) nur bei teilweiser Freistellung: Schriftl. Vereinbarung über Verringerung und Verteilung; AG muss AN-Wünschen entsprechen, wenn keine dringenden betrieblichen Gründe entgegenstehen	Schriftl. Vereinbarung über Verringerung und Verteilung; AG muss AN-Wünschen entsprechen, wenn keine dringenden betrieblichen Gründe entgegenstehen

Ankündigungsfrist?	*Für Ez vor dem 3. Geb. 7 Wochen; für Ez nach dem 3. Geb. 13 Wochen; Festlegung zunächst für Zeit bis zum 2. Geburtstag*	*a) nein* *b) 10 Tage, mit gewünschtem Zeitraume und Freistellungsumfang*	*8 Wochen, mit gewünschtem Zeitraume und Freistellungsumfang innerhalb der höchstmögl. Gesamtdauer von 2 Jahren*
Entgeltregelung	*nur im Rahmen des Elterngeldes*	*a) Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung auf Antrag bei der Pflegeversicherung des Angehörigen* *b) Zinsloses Darlehen auf Antrag bei Bundesamt in Höhe von bis monatl. 50 % des fehlenden Nettogehalts; Rückzahlung nach der Freistellung*	*Zinsloses Darlehen auf Antrag bei Bundesamt in Höhe von bis monatl. 50 % des fehlenden Nettogehalts; Rückzahlung nach der Freistellung*
Zusätzl.Weiterarbeit?	*Bis zu 30 Stunden/ Woche*	*a) nein* *b) ja, nach Vereinbarung*	*Mindestens 15 Stunden/ Woche*
Besonderer Kündigungsschutz	*Von der Antragstellung (frühestens 8 Wo. vor Beginn der Ez) bis zum Ende der Ez*	*Von der Ankündigung (frühestens 12 Wochen vor Beginn) bis zum Ende der Pz*	*Von der Ankündigung (frühestens 12 Wochen vor Beginn) bis zum Ende der Fz*

Wie sieht es aus im Beamtenrecht?

Die Elterngeld-Regelungen im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gelten gleichermaßen für Beschäftigte in Arbeits- und Beamtenverhältnissen.

Die Freistellungsmöglichkeiten richten sich dagegen nach den jeweiligen landesrechtlichen Regelungen. In Schleswig-Holstein sind die Elternzeitverordnung und die Sonderurlaubsverordnung maßgebend. Diese Regelungen werden im Zuge eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens voraussichtlich angepasst. Sobald das Gesetzgebungsverfahren angeschlossen ist, werden wir aktuell informieren. Mitgliederfragen zur derzeit bestehenden Rechtslage beantworten wir bei Bedarf gern individuell. *KT*

Schutz und Sicherheit
nach
einem Unfall

NÜRNBERGER
Beamten Versicherungen
Partner für den Öffentlichen Dienst seit 1908

Telefon 0911 531-4871
MBoeD@nuernberger.de, www.nuernberger-beamten.de

5,4 Prozent komplettiert: Entgeltanpassung für kommunale Tarifbeschäftigte ab März

Während für die Länder und die Beamten noch verhandelt wird, ist die Tarifanpassung 2015 für die kommunalen Beschäftigten bereits in trockenen Tüchern. In 2014 wurde eine Anpassung um 5,4 Prozent in zwei Schritten durchgesetzt: 3 % (mit einem Mindestbetrag von 90 Euro) wurden bereits ab März 2014 fällig, die restlichen 2,4 Prozent folgen ab März 2015. Das Ergebnis erscheint auch im Lichte der aktuellen Wirtschaftsdaten positiv, denn durch die geringe Inflation ergibt sich ein Reallohnzuwachs. Allerdings ist diese Anpassung auch dringend erforderlich, um die Beschäftigten fair zu bezahlen. Hier die neuen Tabellen:

TVöD (VKA)

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.179,74	4.637,42	4.807,81	5.416,39	5.878,91	6.183,20
14	3.785,38	4.199,21	4.442,64	4.807,81	5.367,72	5.671,99
13	3.489,62	3.870,59	4.077,52	4.479,14	5.039,05	5.270,33
12	3.129,17	3.468,92	3.955,78	4.381,80	4.929,53	5.172,96
11	3.022,81	3.347,23	3.590,64	3.955,78	4.485,25	4.728,69
10	2.916,44	3.225,48	3.468,92	3.712,37	4.174,88	4.284,42
9	2.586,77	2.857,36	2.999,18	3.383,71	3.688,02	3.931,43
8	2.427,23	2.680,10	2.798,30	2.904,65	3.022,81	3.097,26
7	2.278,35	2.514,67	2.668,29	2.786,48	2.875,10	2.957,82
6	2.235,78	2.467,40	2.585,57	2.697,84	2.774,66	2.851,47
5	2.145,97	2.366,97	2.479,23	2.591,49	2.674,21	2.733,30
4	2.044,34	2.254,70	2.396,50	2.479,23	2.561,95	2.610,38
3	2.012,46	2.219,23	2.278,35	2.372,87	2.443,79	2.508,77
2	1.863,54	2.053,80	2.112,89	2.171,99	2.301,94	2.437,87
1	-	1.670,94	1.699,30	1.734,76	1.767,82	1.852,91

TVöD - KR

EG Kr	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
12 a	-	-	3.955,78	4.381,80	4.929,53	5.172,96
11 b	-	-	-	3.955,78	4.485,25	4.728,69
11 a	-	-	3.590,64	3.955,78	4.485,25	-
10 a	-	-	3.468,92	3.712,37	4.174,88	-
9 d	-	-	3.383,71	3.688,02	3.931,43	-
9 c	-	-	3.286,36	3.517,61	3.736,69	-
9 b	-	-	2.999,18	3.383,71	3.517,61	-
9 a	-	-	2.999,18	3.099,63	3.286,36	-
8 a	2.514,67	2.668,29	2.789,30	2.904,65	3.099,63	3.286,36
7 a	2.337,42	2.514,67	2.668,29	2.904,65	3.022,81	3.144,54
4 a	2.103,43	2.254,70	2.396,50	2.697,84	2.774,66	2.916,44
3 a	2.012,46	2.219,23	2.278,35	2.372,87	2.443,79	2.610,38

SuED

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
S 18	3.445,25	3.560,07	4.019,46	4.363,97	4.880,76	5.196,57
S 17	3.102,56	3.416,52	3.789,76	4.019,46	4.478,80	4.748,69
S 16	3.024,52	3.341,89	3.594,53	3.904,60	4.249,12	4.455,84
S 15	2.913,01	3.215,54	3.445,25	3.709,38	4.134,29	4.318,02
S 14	2.879,57	3.102,56	3.387,82	3.617,48	3.904,60	4.105,57
S 13	2.879,57	3.102,56	3.387,82	3.617,48	3.904,60	4.048,14
S 12	2.768,08	3.046,82	3.318,92	3.560,07	3.858,65	3.984,98
S 11	2.656,58	2.991,07	3.136,01	3.502,66	3.789,76	3.962,02
S 10	2.589,68	2.857,27	2.991,07	3.387,82	3.709,38	3.973,50
S 9	2.578,52	2.768,08	2.935,32	3.244,27	3.502,66	3.749,57
S 8	2.478,14	2.656,58	2.879,57	3.198,33	3.496,91	3.732,33
S 7	2.405,70	2.628,70	2.807,11	2.985,49	3.119,30	3.318,92
S 6	2.366,68	2.589,68	2.768,08	2.946,46	3.108,13	3.289,06
S 5	2.366,68	2.589,68	2.756,93	2.846,12	2.968,77	3.181,11
S 4	2.154,84	2.433,58	2.578,52	2.701,18	2.779,22	2.879,57
S 3	2.043,35	2.277,50	2.433,58	2.589,68	2.634,28	2.678,89
S 2	1.959,72	2.065,65	2.143,69	2.232,89	2.322,08	2.411,29

TV-V

EG	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15	4.905,59	5.450,64	5.973,90	6.460,85	6.911,44	7.325,67
14	4.578,55	5.043,67	5.494,26	5.930,32	6.344,57	6.722,49
13	4.287,86	4.723,92	5.145,41	5.559,66	5.879,43	6.141,08
12	3.997,14	4.382,34	4.767,50	5.094,54	5.414,33	5.639,46
11	3.742,76	4.098,88	4.411,38	4.680,33	4.905,59	5.094,54
10	3.488,42	3.822,74	4.149,76	4.367,77	4.520,40	4.629,38
9	3.270,39	3.561,09	3.844,55	4.040,76	4.113,44	4.222,45
8	3.052,40	3.241,32	3.401,21	3.553,85	3.706,46	3.815,48
7	2.834,35	3.008,76	3.161,38	3.270,39	3.343,08	3.415,75
6	3.652,64	2.812,53	2.957,89	3.059,63	3.117,77	3.168,65
5	2.470,98	2.623,58	2.754,42	2.848,88	2.907,02	3.001,49
4	2.325,60	2.470,98	2.594,52	2.681,72	2.739,87	2.877,94
3	2.180,27	2.296,55	2.391,01	2.470,98	2.521,85	2.630,83
2	2.034,89	2.158,46	2.267,48	2.347,43	2.398,30	2.427,35
1	-	-	1.816,88	-	-	-

MW

Gespräch mit der Spitze des Innenministeriums:

Kommunale Themen in den Mittelpunkt gerückt

Die Situation der Kommunen und des dort tätigen Personals haben komba und dbb in den Mittelpunkt von Gesprächen mit der Spitze des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein gestellt. An Innenminister ***Stefan Studt*** *sowie Staatssekretärin* ***Manuela Söller-Winkler*** *wurde appelliert, bei politischen Entscheidungsprozessen die Auswirkungen auf der kommunalen Ebene verstärkt zu beachten.*

Aus aktuellem Anlass – in vielen Dienststellen werden Personalratswahlen vorbereitet – haben wir zum Beispiel deutlich gemacht, dass einige Vorschriften für die Wahl und Arbeit der Personalräte nicht zur kommunalen Wirklichkeit passen.

Auch das als Gesetzentwurf vorliegende sogenannte „Attraktivitätspaket", das dazu beitragen soll, Personal für den öffentlichen Dienst zu finden und zu binden, lässt kommunale Besonderheiten außer Acht. Zum Beispiel sind Hürden für Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit viel zu hoch, da Bezüge zum Haushaltsplan kaum Spielräume lassen.

Problematisch ist aus Sicht der komba, dass für viele Beschäftigte Belastungsgrenzen erreicht sind, weil immer neue Anforderungen und Aufgaben auf eine unzureichende Personalausstattung treffen. Auch deshalb ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen unerlässlich. Es wird nicht reichen, die vorhandenen Mittel nur zu verschieben – wie kürzlich durch die Reform des kommunalen Finanzausgleichs geschehen – anstatt sie spürbar aufzustocken. Für den Fall, dass es zwecks Kostenreduzierungen zu neuen politischen Initiativen für Verwaltungsstrukturreformen kommen sollte, wird sich die komba engagiert und kompetent einmischen.

KT

Landesinnenminister Stefan Studt (l.) und komba Landesvorsitzender Kai Tellkamp (r.) mit dbb Landesbundvorsitzender Anke Schwitzer und Gunda Spennemann-Gräbert (Innenministerium)

komba und dbb fordern bei Landesinnenminister Studt:

Mehr Beachtung für Belange der Berufsfeuerwehren

komba FACHBEREICH Feuerwehr und Rettungsdienst

Die beamtenrechtliche Situation der Berufsfeuerwehren haben komba und dbb zu einem Schwerpunktthema bei ihrem Meinungsaustausch mit dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Stefan Studt, gemacht.

Anhand von konkreten Beispielen wurde dem Innenminister zu verstehen gegeben, dass die Interessen der bei den vier kreisfreien Städten beschäftigten Feuerwehrbeamten bei den beamtenrechtlichen Regelungen des Landes vollkommen unzureichend berücksichtigt werden. Das muss sich wieder ändern!

So ist es nicht nachvollziehbar, dass die Ausgleichszahlung für die frühere Pensionierung in Höhe von mehreren Tausend Euro gestrichen wurde. Denn im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen wurde bei der Feuerwehr aus guten Gründen die Altersgrenze von 60 Jahren und damit allerdings auch das unwahrscheinliche Erreichen der Höchstversorgung nicht verändert.

Eben so wenig akzeptabel ist, dass die Ausbildungs- und berufspraktischen Zeiten in einem vorgeschriebenen vorgeschalteten Ausbildungsberuf bei den Erfahrungsstufen der Besoldungsgruppen nicht anerkannt werden müssen. Weitere negative Punkte sind zum Beispiel Benachteiligungen bei Erschwerniszuschlägen

gegenüber anderen Vollzugsdiensten sowie die fehlende Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage.

Innenminister Studt zeigte sich interessiert an den von der Gewerkschaft dargestellten Punkten und sagte zu, sich mit den Berufsfeuerwehren genauer auseinanderzusetzen. Die komba wird ergänzend entsprechende Details einbringen und sich weiter für Korrekturen einsetzen.

KT

Holger Menge, komba-Experte für die Belange der Berufsfeuerwehren und Personalratsvorsitzender der Berufsfeuerwehr Neumünster, hat die politischen Themen aus praktischer Sicht mit aufbereitet

Zunehmender Gewalt gegen Beschäftigte nicht tatenlos zusehen

Dass nicht nur die Polizei Aggressionen aufgebrachter Bürger ausgesetzt sein kann, haben in den letzten Monaten etliche traurige Beispiele gezeigt. Von kommunalen Verkehrsüberwachern und Ordnungsdiensten über Beschäftigte in Führerscheinstellen und Jobcentern bis zu Feuerwehr und Rettungsdienst – überall gab es Fälle von körperlichen und verbalen Entgleisungen gegen Kolleginnen und Kollegen mit teilweise schlimmen Folgen. Es gab Verletzungen und sogar Todesfälle, Vorfälle können auch der Grund für Burnout und Dienstunfähigkeit sein. Dass die Problematik zunimmt, lässt sich auch an den steigenden diesbezüglichen Rechtsschutzfällen erkennen.

Deshalb hat die komba dieses Thema bereits frühzeitig aufgegriffen. In Gesprächen mit der Politik und verschiedenen Institutionen wie der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten (siehe Ausgabe 6/2014) sowie mit Aktionen rücken wir das Problem ins Bewusstsein wichtiger Akteure. Mit Empfehlungen und Forderungen entwickeln wir Handlungshilfen.

Broschüre „Sicherheit und Gewaltprävention in Kommunalverwaltungen“

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW haben wir eine Broschüre herausgegeben, mit der wir die Bereitschaft vor Ort fördern möchten, geeignete Maßnahmen einzusetzen. Bereits mit kleinen Mitteln ist es häufig gut möglich, die Sicherheit in den Kommunalverwaltungen zu verbessern. Wir hoffen, dass Führungskräfte – natürlich in Zusammenarbeit mit den Personalräten – die Umsetzung der grundlegenden Erkenntnisse der Broschüre fördern

Die Broschüre kann in unserer Landesgeschäftsstelle angefordert werden, sie steht auch auf unseren Internetseiten als Download zur Verfügung.

Darüber hinaus wurde für den Bereich Feuerwehr und Rettungsdienst ein spezielles Positionspapier mit Forderungen entwickelt. Auch dies kann angefordert und downgeloadet werden.

Hilfreiche Seminare

Das Seminarangebot der komba gewerkschaft schleswig-holstein beinhaltet in 2015 mehrere Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit diesem Thema stehen. Beschäftigte und speziell auch Führungskräfte finden passende Angebote, die dazu beitragen, im Falle eines Falles gewappnet zu sein. Die wichtigsten Seminartitel sind „Gewaltprävention in Behörden“, „Umgang mit Menschen in schwierigen Situationen“, „Selbstverteidigung für Frauen“ und „Gewaltschutz in öffentlichen Einrichtungen“.

Schweigeminute für die Opfer von Gewalttaten

In den Jobcentern wird die sich zuspitzende Situation besonders sichtbar. Um den Handlungsbedarf deutlich zu machen und in Gedenken an verletzte und getötete Kolleginnen und Kollegen haben wir mit

Auf der dbb Jahrestagung diskutieren Prof. Dr. Bernhard Frevel, Mitautor der komba Broschüre, und Rainer Wendt (Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft), moderiert von Dunja Hayali (v.l.n.r.)

einem Aufruf zur Teilnahme an einer Schweigeminute den Beschäftigten der Jobcenter stellvertretend für alle betroffenen Bereiche die Möglichkeit gegeben, ein deutliches Zeichen zu setzen. Die komba gewerkschaft, die in den Jobcentern das kommunale Personal organisiert, hatte gemeinsam mit den weiteren dbb Gewerkschaften GdS und vbba, die das Personal der Bundesagentur für Arbeit organisieren, zu der Schweigeminute aufgerufen. Teilweise ist über die Aktion auf Initiative der komba Fachkommission Jobcenter auch in den Medien berichtet worden, zum Beispiel beim Jobcenter Segeberg.

Information und Diskussion bei der dbb Jahrestagung

Auch auf der dbb Jahrestagung wurde ein entsprechender inhaltlicher Schwerpunkt gesetzt und ein großer Kreis über die Problematik und den Handlungsbedarf informiert. In den Vorträgen und Diskussionen wurde unter anderem unmissverständlich untermauert, dass Gewaltprävention eine unverzichtbare Aufgabe der Dienststellenleitungen sein muss.

Noch nicht in allen Dienststellen ist man für dieses Thema ausreichend sensibilisiert. Allerdings gibt es keinen allgemeingültigen Masterplan. Was zu tun ist, ist von den individuellen Rahmenbedingungen abhängig. Denkbar sind Fortbildungen, Deeskalationstrainigs, Ablaufpläne für Notfälle, Alarmsysteme, bauliche Maßnahmen sowie der Einsatz von Wachdiensten.

Von Bedeutung ist, dass die Beschäftigten über die getroffenen Maßnahmen ausführlich informiert werden und dass Übungen durchgeführt werden. Es muss zum Beispiel klar sein, was die Betätigung des Alarmknopfes bewirkt – schaut der Büronachbar nach dem Rechten oder wird ein Polizeieinsatz ausgelöst? Vorgekommen ist es auch schon, dass eine dienststelleninterne Alarmzentrale eingerichtet wird, doch nach 16 Uhr liefen Notrufe ins Leere, weil die Zentrale dann nicht mehr besetzt war.

Grundsätzlich sollten alle Vorfälle zur Anzeige gebracht werden. Wichtig ist dabei, dass solche Anzeigen auch konsequent verfolgt werden und nicht etwa eine „Einstellung wegen Geringfügigkeit“ erfolgt. Das wäre ein (weiterer) Schlag ins Gesicht der Beschäftigten und eine Bestätigung der Aggressoren.

KT

Mit diesem Aufruf, der einige traurige Fälle aufzeigt, wurde eine Schweigeminute initiiert

Trotz Ausschlussfrist und Verjährung:

Vorenthaltene Ansprüche nicht gleich abschreiben

Es ist offenbar keine Seltenheit: Auf einmal fällt auf, dass bestimmte Bezügebestandteile nicht vollständig ausgezahlt wurden. Sei es, dass die Einreihung in höhere Erfahrungsstufen nicht vorgenommen wurde, vollständige Einkommensanpassungen versäumt oder Zulagen vorenthalten wurden. So etwas kann durchaus passieren, häufig auch durch technische beziehungsweise systembedingte Fehler.

„Ärgerlich, doch halb so schlimm“, mag man denken, „dann wird eben nachgezahlt“. Doch in vielen Fällen weicht die Vorfreude auf zusätzliches Geld einem Schockzustand: Der Arbeitgeber beruft sich gegenüber den Beschäftigten auf die Ausschlussfrist (Verfall aller über sechs Monate zurückliegender Ansprüche) oder – auch bei der Besoldung – auf die Verjährung (Leistungsverweigerungsrecht nach Ablauf der Verjährungsfrist).

Doch diese Praxis stößt auf massive Kritik der komba. Es ist ungerecht, Kolleginnen und Kollegen die vollständigen Bezüge vorzuenthalten, obwohl sie nach einschlägigen Tarifverträgen oder Gesetzen darauf einen Anspruch haben. Das würde das Vertrauen in korrekte Abrechnungen massiv erschüttern. Hinzu kommt, dass deren detailgenaue Überprüfung durch die Betroffenen oftmals kaum zumutbar beziehungsweise möglich ist.

Arbeitnehmern und Beamten, denen aus den genannten Gründen vollständige Nachzahlungen verweigert werden, sollten sich von der komba unterstützen zu lassen. Mit einer für diese Fälle entwickelten Strategie besteht die Möglichkeit, ungerechte Entscheidungen zu korrigieren. Unabhängig davon empfehlen wir vorsorglich, regelmäßig einen Blick auf Abrechnungen zu werfen, um auf sichtbare Fehler reagieren zu können.

KT

komba jugend

Die neuen Ausbildungsentgelte ab 1. März 2015

	TVAöD - BT BBiG	TVAöD - BT Pflege
im 1. Ausbildungsjahr	853,26 Euro	975,69 Euro
im 2. Ausbildungsjahr	903,20 Euro	1.037,07 Euro
im 3. Ausbildungsjahr	949,02 Euro	1.138,38 Euro
im 4. Ausbildungsjahr	1.012,59 Euro	

Praktikantinnen/ Praktikanten TVPÖD

Sozialarbeiterin/ Sozialarbeiter Sozialpädagogin/ Sozialpädagoge Heilpädagogin/ Heipädagoge	1.647,05 Euro
Erzieherin/ Erzieher	1.433,13 Euro
Kinderpflegerin/ Kinderpfleger	1.379,07 Euro

Landesjugendtag:

Planungen abgeschlossen – Countdown läuft

Jetzt steht der Termin: Am ***17.*** *und* ***18. April*** *findet der komba Landesjugendtag in Kiel statt. Ab sofort werden Anmeldungen und Antragsvorschläge von interessierten Mitglieder der komba jugend (Azubis, Anwärter, Arbeitnehmer und Beamte bis zum 30. Lebensjahr) entgegengenommen, entsprechende Briefe wurden bereits verschickt.*

Auf dem Landesjugendtag wird über Forderungen der komba jugend abgestimmt, die wir in die Gesamtorganisation einbringen und auch selber vertreten. Außerdem wird die Landesjugendleitung neu gewählt. Nicht zuletzt soll natürlich auch gefeiert werden.

Wir freuen uns über Rückmeldungen.

dbb Jahrestagung:

Jugend fordert Konzept gegen Nachwuchsmangel

Ein tragfähiges Konzept für den Umgang mit dem Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst hat die dbb jugend anlässlich der diesjährigen dbb Jahrestagung in Köln gefordert. „Nicht befriedigend" nannte die dbb jugend-Vorsitzende ***Sandra Kothe*** *die Vorträge von Bundesinnenminister* ***de Maizière*** *und der innenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen in Sachen Fachkräftegewinnung.*

Wir brauchen klare Signale für die Übernahme und gegen Befristungen.

Kothe begrüßte, dass immer mehr junge Ge-

Die Jugend war präsent auf der dbb Jahrestagung

werkschafterinnen und Gewerkschafter die Tagung besuchen, um mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung insbesondere die Belange der jungen Beschäftigten zu thematisieren.

Auch das diesjährige Schwerpunktthema „Gewalt gegen Beschäftigte“ ist aus Sicht der Jugend wichtig: „Verbale und tätliche Übergriffe treffen natürlich auch junge Kolleginnen und Kollegen und schrecken zudem interessierte Schulabgänger von einem Eintritt in den öffentlichen Dienst ab.“ Auch deswegen gehört der verbesserte Beschäftigtenschutz auf die Attraktivitätsagenda des öffentlichen Dienstes. *buko*

Einkommensrunde:

Wichtig für Azubis der Länder sowie Anwärter bei Ländern und Kommunen

Die Gewerkschaftsjugend mischt mit in der Einkommensrunde 2015. Sie war in der Forderungsfindung eingebunden und entsendet Vertreter in die Verhandlungskommissionen. Es geht darum, sachgerechte Übernahmeregelungen sowie Anpassungen der Ausbildungsentgelte sowie der Anwärterbezüge zu vereinbaren. Erfolgreiche Ergebnisse sind wichtig, um ausreichend Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst gewinnen zu können.

Weiterhin soll es 100 Euro mehr für Azubis geben

Politischer Neujahrsempfang

Bei der Interessenvertretung für die jungen Beschäftigten spielt natürlich auch die politische Arbeit eine wichtige Rolle. Entsprechende Kontakte sind deshalb von großer Bedeutung. Da trifft es sich gut, dass einige Parteien sogenannte Neujahrsempfänge veranstalten – Zusammenkünfte in lockerer Atmosphäre, bei denen Funktionsträger Positionen markieren und ansonsten Zeit für Gespräche zur Verfügung steht.

*So war die dbb jugend beim Neujahrsempfang der SPD in der Traumfabrik in Kiel zu Gast, sie wurde durch K**aroline Herrmann** (komba) und **Florian Reise** (DStG) vertreten.*

*Eingangs begrüßte **Ralf Stegner** als SPD Landesvorsitzender sowie stellv. Bundesvorsitzender alle Gäste mit einer Rede. Ihm folgte dann die Bundministerin **Andrea Nahles** mit einer Rede, in der sie vor allem über den Umgang mit den gegenwärtigen Pegida Protesten und die jüngst*

*stattgefundene Einführung des Mindestlohnes sprach. Im Anschluss lud die SPD Schleswig-Holstein zu einem umfangreichen Buffet und es gab die Möglichkeit für regen Austausch. So kamen Florian und Karo unter anderen mit Ralf Stegner und **Tobias von Pein** (SPD Landtagsabgeordneter, u. a. jugendpolitischer Sprecher der SPD Fraktion) ins Gespräch und Herr Stegner freute sich sehr über unseren öD Superhelden, das dbbj Adlerküken Horst, welches er stellvertretend für die SPD Schleswig-Hostein in Empfang nahm.* KH

Florian Reise, Tobias von Pein, Karoline Herrmann und Ralf Stegner beim SPD Neujahrsempfang

Seniorenecke

BMI gegen Mütterrente für Beamte

Gegenstand des gewerkschaftspolitischen Jahresauftaktes in Köln (siehe Bericht im vorderen Teil) war auch die Situation der Beamtenversorgung.

*Enttäuschend war die lange erwartete Position und deren Begründung zur Mütterrente aus dem Bundesinnenministerium. Deren Chef, Minister **Thomas de Maizière**, lehnte die Übertragung ab, und zwar auch deshalb, weil das Ziel der Mütterrente in der Rentenversicherung, nämlich die Vermeidung der Grundsicherung, in der Beamtenversorgung mit Blick auf die Mindestversorgung nicht greife.*

Für komba und dbb ist das nicht nur ein Widerspruch zu den weiteren Aussagen des Bundesinnenministers, nach denen die Versorgung ein Kern der Attraktivität des Berufsbeamtentums darstellt. Auch die Begründung der Ablehnung kann nicht überzeugen, denn die Praxis der Mütterrente zeigt, dass auch Betroffene profitieren, die weit von der Grundsicherung entfernt sind. Es geht schlicht und

Bundesinneninister Thomas de Maizière - hier mit dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt - hat sich zur Mütterrente geäußert

einfach um die Anerkennung der Erziehungsleistung, bei der nicht zwischen den Statusgruppen unterschieden werden darf.

Immerhin wurde vereinbart, mit Blick auf die wegen der Versorgungsrücklage ohnehin anstehenden Anpassungsbedarf des Versorgungsgesetzes das Thema Mütterrente nochmals zu betrachten. Auch in Schleswig-Holstein werden wir am Ball bleiben. Nach den jüngsten Aussagen der Landesregierung besteht keine Totalverweigerung. Man wolle sich unter den Bundesländern jedoch nicht an die Spitze setzen, allerdings gegebenenfalls auch nicht der Letzte sein. Es lohnt sich also, das Thema nicht zu beerdigen.

KT

Beitragssenkung erst ab März

Für Rentner sinkt der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung mit einer zweimonatigen Verzögerung ab März statt im Januar. Die Änderungen zum 1. Januar wirken sich bei den Pflichtversicherten Rentnern aufgrund gesetzlicher Vorgaben mit einer zweimonatigen Verzögerung aus.

komba gewerkschaft
Nähe ist unsere Stärke

Wir gratulieren!

Alles Gute wünschen wir unseren Kolleginnen und Kollegen, die in den vergangenen Wochen ihren 60., 65., 70., 75. oder 80. Geburtstag hatten oder älter als 80 Jahre geworden sind.

60. Geburtstag
04.01. Ellen Friedrichsen, Hamburg
05.01. Carola Dreesen, Bargteheide
10.01. Sythana Karsch, Geesthacht
12.01. Jutta Bayer-Muschiol, Reinbek
14.01. Wolfgang Behring, Uetersen
15.01. Holger Merks, Glücksburg
16.01. Doris Lehmann, Harrislee
16.01. Niko Reckweg, Flensburg
18.01. Karl-Otto Hulsch, Röbsdorf
19.01. Bernd Lippert, Itzehoe
24.01. Thomas Hüttmann, Neustadt
30.01. Christine Neuwerth, Einhaus
11.02. Marion Fuchs, Tinningstedt
15.02. Michael Lienau, Rellingen
16.02. Hans-Jürgen Nötzelmann, Hohenlockstedt
25.02. Ronald Polensky, Langballig

65. Geburtstag
04.02. Norbert Sack, Husum

70. Geburtstag
16.01. Rolf Claus, Schleswig
31.01. Hans Wilhelm Pawlik, Lübeck
18.02. Karin Larsen, Wees

75. Geburtstag
03.01. Udo Rust, Kappeln
06.01. Gudrun Gerdsen, Flensburg
17.01. Jochen Franzen, Looft

80. Geburtstag
28.02. Klaus Lüdemann, Lübeck

81. Geburtstag
02.02. Gerhard Lanz, Pinneberg

82. Geburtstag
08.01. Günther Rohlf, Neumünster
23.01. Herbert Hagemann, Leck

84. Geburtstag
26.01. Ursula Block, Lübeck
17.02. Hans-Detlef Hagge, Neumünster

86. Geburtstag
22.02. Walter Meier, Elmshorn

87. Geburtstag
17.02. Horst Stolten, Bad Segeberg

89. Geburtstag
16.02. Helmut Schultz, Pinneberg

90. Geburtstag
25.01. Rolf Stiller, Pinneberg

93. Geburtstag
25.02. Annemarie Schwalm, Itzehoe

94. Geburtstag
02.02. Heinrich Bartheidel, Schleswig

Fragen, Wünsche, Anregungen?

Unseren Seniorenbeauftragten erreichen Se wie folgt:
Winfried Richardt
Fürsthof 20, 24534 Neumünster
Telefon und Fax: 04321/45501
eMail:
komba-senioren-@kabelmail.de

Sind Sie per Fax oder eMail zu erreichen und möchten Sie aktueller über Ereignisse und Angebote für Senioren informiert werden? Dann teilen Sie Ihre Adresse unserem Seniorenbeauftragten mit.

komba rundschau
schleswig-holstein

komba gewerkschaft schleswig-holstein, Hopfenstr. 47, 24103 Kiel
Postvertriebsstück Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“

C 1764 F

Heft 1/2015
Februar/März

Ich bin in der komba weil ...

... ich mich darauf verlassen kann, dass meine Anliegen ernst genommen werden. Ich identifiziere mich mit den Zielen der komba. Besonders schätze ich die kompetente Sacharbeit sowie die verständlichen und hilfreichen Informationen.

... die öffentlichen Kassen nicht auf meinem Rücken saniert werden dürfen. Arbeitgeber und Politik haben ohne starke Gewerkschaften ein leichtes Spiel – in meiner Dienststelle, bei der Gesetzgebung und bei Tarifverhandlungen.

... es mir eigentlich ganz gut geht. Doch ich weiß, das habe ich auch der Gewerkschaft zu verdanken und ich möchte durch meine Solidarität auch jene unterstützen, bei denen es Verbesserungsbedarf gibt.

... ich eine unbefristete und sichere Beschäftigung mit fairen Arbeitsbedingungen haben möchte. Außerdem sollen meine im aktiven Berufsleben erworbenen Versorgungszusagen später auch eingehalten werden.

... meine Zukunft sich nicht nur am Leistungsprinzip und an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientieren darf. Soziale Aspekte und Gesundheitsschutz müssen eine stärkere Rolle spielen.

... für einen wirklich fairen Mitgliedsbeitrag das volle Programm an Leistungen und Sicherheit geboten wird. Zusätzlich stehen mir günstige Vorsorgeangebote offen.

... es mir selber nicht immer möglich ist, meine Rechte zu überblicken und durchzusetzen. Bei der komba kann ich meine Ansprüche von Profis prüfen und durchsetzen lassen.

... eine ganz einfache Logik gilt: Ohne Gewerkschaften keine Einkommensanpassungen. Je stärker die Gewerkschaften, umso besser die Möglichkeiten.

... wenn nötig Aktionen und Streikmaßnahmen organisiert und durchgeführt werden, um Ziele durchzusetzen. Wichtig ist mir dabei auch meine finanzielle Absicherung über Streikgeld.